

Einblicke in den Forschungsstand der angewandten politischen Kommunikationsforschung

Der Autor, Direktor des GfS-Forschungsinstituts, Bern, befasst sich mit der Relevanz der angewandten politischen Kommunikationsforschung am Fallbeispiel «EWR-Abstimmung». Seine Ausführungen weisen mit Blick auf die kompetente Verwendung von Forschungsergebnissen auf unterstützende und rechtfertigende und in selteneren Fällen auch auf korrigierende Funktionen für die Politik hin.

1. Ausgewählte Entwicklungstendenzen der Forschung

In der Erforschung des Politischen generell, aber auch der politischen Kommunikation im Besonderen dominierte in der Schweiz (zu) lange eine *strukturalistische Betrachtungsweise*: Politische Entscheidungen wurden vor allem als Ausdruck relativ stabiler gesellschaftlicher Bedingungen oder politischer Kulturen verstanden. Politische Kommunikation wurde in dieser Perspektive höchstens als abgeleitete Variable behandelt. Diese Sichtweise wird seit rund 10 Jahren zunehmend zugunsten *dynamischer Betrachtungen und Analysen* aufgebrochen, welche gerade das Prozesshafte von Entscheidungen betonen. Damit angewachsen ist auch das Interesse an (*politischer*) *Kommunikation als eigenständigem Faktor* der Bestimmung oder Beeinflussung.¹

2. Ausgewählte Typen der politischen Kommunikationsforschung

Konzeptionell gesehen lassen sich drei Typen der Studien unterscheiden:

- Planungsstudien,
- Begleitstudien und
- Evaluierungsstudien.²

Planungsstudien haben zum Ziel, vor Beginn eines eigentlichen Prozesses der Kommunikation eine thematische Auslegeordnung zu machen. Dabei kann es sich um Bestandesaufnahmen (momentane Stimmungen, Einstellungen und Verhaltensweisen, aber auch um relevante Trends) oder auch um Schätzungen des Potentials handeln (im Sinne von: was geschieht, wenn eine bestimmte Strategie oder eine spezieller Medienmix verwendet wird): Planungsstudien definieren in der Regel verschiedene Typen von Adressaten einer Kommunikation (Ziel- oder Problemgruppen etc.) oder können im Sinne der Optimierung eigentliche Überprüfungen von Mitteln der Kommunikation beinhalten. Sie beruhen in der Regel auf quantitativen und qualitativen Befragungen der Bevölkerung oder relevanter Teilgruppen.

Begleitstudien werden gemacht, um einerseits die Dynamik eines Prozesses der Meinungsbildung gesichert verfolgen, andererseits Ursachenabklärungen über die Wirkungsweise von politischen Ereignissen, kommunikativen Strategien und Veränderungen der Denk- und Verhaltensweisen machen zu können. Praktisch gesehen werden sie in der Regel veranlasst, um gezielt auf ablaufende Kommunikationsprozesse einzugreifen, und basieren normalerweise auf einer Kombination von Inhaltsanalysen der Medien einerseits, von Trendbefragung (als Serie oder Panel) andererseits.

Evaluierungen schliesslich kombinieren die verschiedenen denkbaren Vorgehensweisen, indem sie retrospektiv betrachtet die intendierten und nicht-intendierten Wirkungen eines Kommunikationsprozesses im Vergleich zu den ursprünglich gesetzten Zielen oder zu anderen Entscheidungen analysieren. Evaluierungen werden vor allem zur Überprüfungen umfassender Hypothesen zur politischen Kommunikation realisiert. Das Set an Methoden ist mittlerweile vielfältig; in der Regel werden verschiedenste Zugriffe gleichzeitig verwendet.³

3. Hauptergebnisse des Fallbeispiels «EWR-Entscheidung»

Beim EWR zeigten Planungsstudien,⁴ dass es in der Europa-Frage keine automatischen Mehrheiten mit Blick auf neue Integrationsschritte gibt. Aussenpolitische Haltungen variieren je nach Raum der Öffnung und je nach Tiefe der Integration:

- Nicht-institutionelle Verpflichtungen (wie Gute Dienste oder Entwicklungshilfe) werden positiver beurteilt als institutionellen Bindungen.
- Primär wirtschaftliche Kooperationen findet eine höhere Zustimmung als vorwiegend politische Einbindungen.
- Die europaweite Kooperation ist akzeptierter als die weltweite.⁵

Ein zentraler Grund für die Typisierung sind die zurückliegenden Bedingungen der (politischen) Sozialisation: Ältere Generationen zeigen sich gerade in der Schweiz isolationistischer und betonen vor allem die Differenzierung zwischen wirtschaftlicher und politischer Integration.

